

Fricke, Christa; Österreich, Detlev; Schulze, Eva; Wagner, Gert G.

Article

Überschuldung ist ein Problem fehlender Netzwerke

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fricke, Christa; Österreich, Detlev; Schulze, Eva; Wagner, Gert G. (2007) : Überschuldung ist ein Problem fehlender Netzwerke, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 74, Iss. 7, pp. 95-100

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151493>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Überschuldung ist ein Problem fehlender Netzwerke

Christa Fricke
c.fricke@
bis-berlin.de

Detlev Österreich
d.oesterreich@
bis-berlin.de

Eva Schulze
e.schulze@
bis-berlin.de

Gert G. Wagner
gwagner@diw.de

Sieht man diejenigen Haushalte, deren frei verfügbares Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegt, als überschuldet an, sind – nach den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) – in Deutschland etwa 7 % der Haushalte überschuldet. Etwa gleich viele Haushalte fühlten sich im Jahr 2005 durch ihre Konsumentenkredite als „schwer belastet“; auch dies kann man als Überschuldung interpretieren. Befragte mit niedrigerem Schulabschluss sowie Arbeitslose geben in überdurchschnittlichem Maße an, durch die Abzahlung ihrer Kredite belastet zu sein. Auch Personen, die das Gefühl einer Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens haben, fühlen sich stärker belastet. Weitere Analysen zeigen, dass das Überziehen des Girokontos nicht unbedingt etwas mit Überschuldung zu tun hat. Für die Möglichkeit, im Notfall kurzfristig Geld verfügbar zu machen, ist neben einem ausreichenden Einkommen, das Rücklagen gestattet, vor allem ein Freundeskreis wichtig.

Die Frage, ob ein Haushalt „überschuldet“ ist, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Bei Überschuldung sind vier Fälle zu unterscheiden, die auch in ganz unterschiedlichem Maß staatliche bzw. sozialpolitische Eingriffe nahe legen:¹

- In einer ersten Gruppe von Haushalten werden die Kreditkosten, die ursprünglich als tragbar angesehen wurden, als „zu hoch“ empfunden, ohne dass es aber objektive Probleme mit der Rückzahlung gibt. Bei diesen Haushalten haben sich also die Präferenzen für Konsum geändert oder das Einkommen hat sich anders entwickelt als erwartet.
- In einer zweiten Gruppe sind die Kreditkosten im Vergleich zum Nettoeinkommen so hoch, dass das frei zur Verfügung stehende Einkommen an der Grenze der sozialen Grundsicherung liegt, ohne dass jedoch Sozialleistungen in Anspruch genommen werden können. Hier ist ein latenter staatlicher Handlungsbedarf gegeben, da diese Haushalte in einer sozialpolitisch nicht wünschbaren Lage sind, unter der z. B. Kinder langfristig leiden können.
- Einer dritten Gruppe kann man diejenigen Haushalte zurechnen, die aufgrund eines SCHUFA-Eintrags von Banken keine weiteren Kredite mehr bekommen. Sie sind in ihren Handlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt, und in vielen Fällen dürfte dies nachhaltige Einschränkungen oder Probleme in der Lebensführung nach sich ziehen.
- In einer vierten Gruppe ist das Problem evident: Es handelt sich um Haushalte, die ihre Verpflichtungen nicht mehr bedienen können und gepfändet werden, und die im Grenzfall eine private Insolvenz anmelden.

¹ Vgl. Wagner, G. G., Fricke, C.: Verschuldung in Deutschland – Fakten und Strukturen. In: Familie, Partnerschaft, Recht – Interdisziplinäres Fachjournal für die Anwaltspraxis, 12. Jg., Heft 3, 2006, 64–66; und mit einer ähnlichen Klassifizierung SCHUFA Holding AG (Hg.): Schulden-Kompass 2006 – Empirische Indikatoren der privaten Ver- und Überschuldung in Deutschland, 13 ff.

Politisch relevant ist vor allem die Gruppe vier. Von der privaten Insolvenz sind nicht nur Gläubiger, sondern die Gesellschaft insgesamt (etwa in Form der Schuldnerberatung und von Gerichtskosten) negativ betroffen. Faktisch will die Gesellschaft auch die Gruppen zwei und drei möglichst klein halten, da ein zu niedriges verfügbares Einkommen und stark eingeschränkte Kreditmöglichkeiten Wohlfahrtsverluste bedeuten, die für Kinder lebenslange Konsequenzen haben können, wenn dadurch z. B. die Schulausbildung leidet.

Umfang der Überschuldung in Deutschland

Private Insolvenzen als Folge der Überschuldung spielen bisher in Deutschland nur eine geringe Rolle.² Im Jahr 2005 wurden etwa 67 000 Verbraucher-Insolvenz-Verfahren eröffnet. Das ist zwar eine im Vergleich zu 2001 dramatisch gestiegene Zahl (damals wurden nur etwa 9 000 Fälle eröffnet), die Zunahme dürfte aber auch damit zusammenhängen, dass private Insolvenzen erst seit 1999 möglich sind. Zudem muss bedacht werden, dass auch 67 000 Fälle nur etwa 0,2 % aller Haushalte in Deutschland ausmachen.

Einen „Negativeintrag“ bei der SCHUFA – der privaten Organisation, die im Auftrag der Wirtschaft das Tilgungsverhalten registriert – hatten im Jahr 2005 über 7 % aller 16-Jährigen und älteren Personen in Deutschland.³ Seit 2002 ist der Anteil um gut einen Prozentpunkt gestiegen. Am höchsten liegt er bei den 25- bis 29-Jährigen mit inzwischen gut 13 %. Insgesamt sind damit etwa 5 Mill. erwachsene Menschen in ihren Verbrauchsentscheidungen eingeschränkt. Hinzu kommt eine sicherlich beachtliche Zahl von Kindern, die vom SCHUFA-Eintrag ihrer Eltern betroffen sind.

Durch Befragungen lässt sich ermitteln, wie viele Haushalte ihren Kreditverpflichtungen nicht mehr regelmäßig nachkommen können. Nach einer Erhebung und Hochrechnung der GP-Forscherguppe München war das im Jahr 2004 bei 3,13 Mill. Haushalten, also bei etwa 8 % aller Haushalte der Fall.⁴

Nach einem anderen, gut messbaren Kriterium ist ein Haushalt dann überschuldet, wenn das nach Abzug der Kreditverpflichtungen zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen kleiner ist als die „Pfändungsfreigrenze“, d. h. der Geldbetrag, der nicht gepfändet werden kann.⁵ Eine solche Rechnung ist auf Basis des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) möglich. Danach sind im Jahr 2004 gut 7 % aller Privathaushalte überschuldet gewesen.⁶

Verschuldung hat viele Dimensionen

Gerade die scheinbar objektiven Indikatoren, die gut messbar sind, haben oft nur eine geringe Aussagekraft, weil sie wenig über das individuelle Wohlbefinden der betroffenen Personen aussagen. Ein Unternehmer, der Kredite im Wert von vielen Millionen Euro zu bedienen hat, wird dies in der Regel nicht als Überschuldung wahrnehmen. Auch ein Eigenheimbesitzer, der für den Bau seines Hauses Hunderttausende von Euro an Kredit hat aufnehmen müssen, hat zwar objektiv gesehen hohe Schulden und verfügt nach Abzug des Schuldendienstes vielleicht sogar über ein Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze. Trotzdem muss er sich nicht als überschuldet fühlen, da seinen Schulden ein dauerhafter und vielfach auch wachsender Wert gegenübersteht, und er mietfrei wohnt. Dieser hoch verschuldete Eigenheimbesitzer kann durch seine Schulden nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv langfristig weniger eingeschränkt sein als ein Arbeitsloser, der sich einen modernen Fernsehapparat auf Kredit anschafft und mit der Abzahlung an die Grenze seiner Zahlungsfähigkeit gerät. Es ist deshalb sinnvoll, bei der Suche nach Indikatoren für Ver- und Überschuldung auch „subjektive“ Ansätze heranzuziehen.

Obwohl es seit den 90er Jahren Überlegungen gibt, Überschuldung subjektiv zu messen, indem Haushalte gefragt werden, ob sie „über“schuldet sind, liegen entsprechende Daten für Deutschland nicht systematisch und nicht für längere Zeiträume vor.⁷ Die folgenden Analysen zur Kreditbelastung und zur Finanzknappheit beruhen auf Daten der Hauptuntersuchung des SOEP von 2005 mit 11 440 befragten Haushalten und einer ebenfalls 2005 durchgeführten Spezialerhebung für das SOEP mit 1 012 zufällig ausgewählten Befragten, die für die erwachsene Bevölkerung in Deutschland repräsentativ sind.⁸ Analysiert wurden folgende Tatbestände:

² Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA: Datenreport 2006 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2006, 130 ff.

³ Vgl. SCHUFA, a.a.O., 38 ff.

⁴ Vgl. Schuldenreport 2006. Schriftenreihe des Verbraucherzentrale Bundesverbandes zur Verbraucherpolitik, Band 7, Berlin 2006.

⁵ Vgl. zur Methode und der erstmaligen Berechnung dieses Indikators Fricke, C., Frick, J. R., Wagner, G. G.: Sparen und Verschuldung privater Haushalte. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2004. Bonn 2004, 595–602.

⁶ Vgl. Zimmermann, G. E.: Steigt die Anzahl überschuldeter Privathaushalte? In: SCHUFA, a.a.O., 91–126.

⁷ Eine europaweite Erhebung im Jahr 1996 hatte ergeben, dass sich etwa 13 % der Privathaushalte „überschuldet“ fühlten. Vgl. Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der EU Kommission (Hg.): Untersuchung des Problems der Verbraucherverschuldung: Statistische Aspekte – Schlussbericht.

⁸ Dabei muss einschränkend darauf hingewiesen werden, dass bei Befragungen privater Haushalte stets die Gruppe der Wohnungslosen fehlt. Diese rund 350 000 Personen dürften ebenfalls zur Risikogruppe überschuldeter Personen zählen. Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., www.bag-wohnungslosenhilfe.de.

Tabelle

Bestimmungsfaktoren der Ver- bzw. Überschuldung

Beta-Koeffizienten von OLS-Regressionen

	Subjektive Belastung durch Konsumentenkredite	Kosten der eigenen Wohnung regelmäßig zahlen können	Rücklagen bilden können	Kontoüberziehung	Notfalls 1 000 Euro in zwei Wochen aufbringen können
Sozialdaten					
Alter	-0,056**	0,065***	0,112***	-0,142***	0,202***
Geschlecht	-0,014	0,002	-0,003	0,016	-0,062+
Schulabschluss	-0,094***	0,075***	0,139***	-0,089+	0,114**
Lebensform	-0,042**	0,043***	0,081***	0,034	0,092*
Arbeitslosigkeit	0,086***	-0,111***	-0,177***	-0,008	-0,188***
Persönlichkeitsmerkmale					
Gewissenhaftigkeit	0,020	0,016+	0,004	-0,030	-0,011
Offenheit für Erfahrungen	0,016	-0,001	0,013	0,035	0,007
Kontaktfreudigkeit (Extraversion)	0,004	-0,013	-0,014	0,088+	-0,089*
Überempfindlichkeit (Neurotizismus)	0,089***	-0,005	-0,029***	-0,052	-0,035
Verträglichkeit	0,009	-0,021*	-0,025**	-0,086+	-0,021
Gefühl von Fremdbestimmtheit	0,096***	-0,082***	-0,074***	0,114*	-0,108*
Gefühl, verlässliche Freunde zu haben	-	-	-	0,001	0,199***
Individuelle Risikobereitschaft	-	-	-	0,001	-0,001
<i>Nachrichtlich:</i>					
Anteil der erklärten Varianz in %	5,2	4,3	8,9	7,5	20,2

Signifikanzniveaus: *** = 0,000; ** = 0,001; * = 0,01; + = 0,05; übrige nicht signifikant.

Quellen: SOEP 2005; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

- Subjektive Belastung durch Konsumentenkredite (SOEP-Hauperhebung),
- Möglichkeit, die Miete oder Zinsen/Tilgung für die eigene Wohnung regelmäßig zahlen zu können,
- Möglichkeit, Rücklagen zu bilden,
- Kontoüberziehung,
- Möglichkeit, in einer Notsituation innerhalb von zwei Wochen 1 000 Euro aufbringen zu können.

Bei den Bestimmungsfaktoren der Finanzsituation werden neben den üblicherweise verwendeten Sozialdaten wie Alter, Geschlecht, Familienstand,⁹ Bildung, Arbeitslosigkeit, auch personenspezifische Merkmale einbezogen. Geprüft wird, ob nur objektive Lebenslagen für Verschuldung oder finanzielle Knappheit verantwortlich sind oder ob auch die Persönlichkeit des Einzelnen eine Rolle spielt (Kasten).

Belastung durch Konsumentenkredite

Im SOEP werden diejenigen Haushalte, die Konsumentenkredite aufgenommen haben, nach der Schwere der Belastung durch die monatlichen Abzahlungen gefragt. Etwa 35 % der Haushalte geben an, die Kredite seien eine „schwere Belastung“. Für 42 % sind sie eine „geringe Belastung“ und für 22 % „kein Problem“. Um daraus einen Indikator zur „Überschuldung“ von Haushalten zu konstruieren, kann man diejenigen, die ihre Kre-

dite als „schwere Belastung“ ansehen, als subjektiv überschuldet definieren und diese Gruppe auf alle Haushalte beziehen. Da nur 20 % aller Haushalte Konsumentenkredite haben, ergibt sich daraus eine subjektive Überschuldungsquote von etwa 7 %. Sie stimmt im Aggregat – wenn auch keineswegs in jedem Einzelfall – mit der Quote überein, die sich anhand des „objektiven“ Überschuldungskriteriums des frei verfügbaren Einkommens unterhalb der Pfändungsfreigrenze ergibt.

In einer multivariaten Regressionsanalyse¹⁰ zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen subjektiv empfundener Überschuldung und den hier herangezogenen Einflussfaktoren nicht sehr eng ist. Nur rund 5 % der Varianz werden durch soziale und personenbezogene Merkmale erklärt (Tabelle), die Ergebnisse entsprechen aber den Erwartungen. So geben Befragte mit niedrigem Schulabschluss sowie Arbeitslose in überdurchschnittlichem Maße an, durch die Abzahlung ihrer Kredite belastet zu sein. Auch Befragte, die das Gefühl der Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens haben, fühlen sich

⁹ In dieser Analyse wurde nicht die Frage nach dem Familienstand verwendet, sondern ein Indikator, der unterscheidet, ob jemand allein auf sich gestellt ist oder aber eine/n Partner/in hat. Angesichts der zunehmenden Zahl von nichtehelichen Lebensgemeinschaften sowie von eigentlich getrennten aber noch verheirateten Paaren ist dies ein besserer Indikator für die Lebensform als die Unterscheidung zwischen verheiratet und nicht verheiratet.

¹⁰ Obwohl die abhängigen Variablen nicht stetig sind, benutzen wir – wie in der Psychologie üblich – die OLS-Regressionsmethode, da die Koeffizienten unmittelbar interpretierbar sind und bekannt ist, dass das statistische Signifikanzniveau mit OLS nicht verzerrt wird.

Kasten

Persönlichkeitsmerkmale

Zur Erfassung personenspezifischer Faktoren wurden Fragen zum so genannten „Big Five“-Persönlichkeitsansatz sowie Fragen zur Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens genutzt. Der Big-Five-Ansatz ist ein in der Psychologie bewährtes Konzept, das auf Untersuchungen zu Persönlichkeitsmerkmalen aus den 50er Jahren zurückgeht. Im Mittelpunkt steht dabei die Annahme, dass Persönlichkeitsunterschiede zwischen Individuen, die sich in Verhaltens- und Erlebensweisen ausdrücken, auf die fünf zentralen Persönlichkeitsdimensionen Überempfindlichkeit (Neurotizismus), Kontaktfreudigkeit (Extraversion), Offenheit für Erfahrungen, Verträglichkeit und Gewissenhaftigkeit zurückzuführen sind. Für das SOEP wurde eine Kurzfassung entwickelt, die mit insgesamt 15 Fragen die fünf genannten Persönlichkeitsdimensionen zuverlässig erfasst.

Das Konzept der Fremdbestimmtheit basiert auf der alltäglichen Beobachtung, dass es Menschen gibt, die sich als Meister ihres eigenen Lebens empfinden und auch bereit sind, die Verantwortung dafür zu übernehmen, und solche, die meinen, ihrem Schicksal ausgeliefert zu sein, und von daher Andere oder die Lebensumstände für ihre eigene Lebenssituation verantwortlich machen. Dieses Konzept wird im SOEP unter dem Begriff Kontrollüberzeugungen operationalisiert.

In der SOEP-Spezialuntersuchung gibt es schließlich noch eine Frage zur individuellen Risikobereitschaft sowie eine Reihe von Fragen zur sozialen Einbindung (z. B. das Gefühl, verlässliche Freunde zu haben), die ebenfalls in die Analysen miteinbezogen wurden.

¹ Erfragt wird der Grad von Überempfindlichkeit einerseits und Entspanntheit andererseits.

² Erfragt wird der Grad von Kontaktfreudigkeit einerseits und Zurückhaltung andererseits.

³ Vgl. Robert R. McCrae und Paul T. Costa. A five-factor theory of personality. In: Pervin, Lawrence A. und John Oliver (Hg.) Handbook of Personality – Theory and Research. New York 1999, 139–153.

⁴ Vgl. J.-Y. Gerlitz und J. Schupp, Zur Erhebung der Big-Five-basierten Persönlichkeitsmerkmale, DIW Research Note No. 4, Berlin 2005.

⁵ Vgl.: G. Krampen, IPC – Fragebogen zu Kontrollüberzeugungen (Locus of Control), Göttingen 1981.

stärker belastet sowie Befragte, die sich nach dem Big-Five-Ansatz als neurotisch erweisen.

Auffällig ist – wie bei den folgenden Analysen zu den finanziellen Möglichkeiten der Befragten –, dass das Geschlecht bei der Belastung durch Kredite eine zu vernachlässigende Rolle spielt. Dies scheint im Widerspruch zu der aus vielen Untersuchungen bekannten Tatsache zu stehen, dass gerade junge Frauen mit Kindern von Armut betroffen sind.¹¹ Junge Frauen mit Kindern sind aber nicht primär aufgrund ihres Geschlechts in stärkerem Maße von Armut betroffen, sondern weil viele von ihnen alleinstehend sind. Es gibt eine große Zahl alleinerziehender Mütter, aber kaum alleinerziehende Väter. Die hier durchgeführte Analyse zeigt, dass alleinstehend zu sein ein zentraler Faktor für finanzielle Engpässe ist. Daneben sind eine niedrige Schulbildung und Arbeitslosigkeit bei nahezu allen untersuchten Facetten der Ver- und Überschuldung von Bedeutung.

Zahlung von Miete bzw. Zinsen und Tilgung

Einen Hinweis auf die finanzielle Situation gibt auch die Antwort auf die Frage, ob der/die Befragte die monatliche Miete bzw. Zinsen/Tilgung für die eigene Wohnung ohne Probleme zahlen kann. Bei 92 % der Befragten ist dies der Fall.

Rücklagen

Monatlich einen „gewissen Betrag“ für Notfälle oder besondere Anschaffungen zurücklegen können 65 % der Befragten, 35 % können dies nicht. Nach den Arbeitslosen sind es die Jüngeren und die weniger Gebildeten, die geringere Möglichkeiten haben, Geld zurückzulegen. Wer mit einem Partner zusammenlebt, kann eher Reserven bilden. Wer sein Leben als fremdbestimmt sieht, gibt an, etwas weniger Möglichkeiten zu haben, Geld zu sparen.

Kontoüberziehung

Zu den selten untersuchten Facetten der finanziellen Situation gehört die Kontoüberziehung. Die Frage „Ist Ihr Konto gegenwärtig überzogen?“ wird von 19 % der Befragten bejaht. Auf die Frage „An wie vielen Tagen im Jahr ist Ihr Konto überzogen?“ antworten 68 % mit „niemals“, 21 % mit „1 bis 30 Tage“, 3 % mit „31 bis 90 Tage“ und 8 % mit „mehr als 90 Tage“.

Überraschenderweise zeigt sich in ergänzenden, hier nicht dokumentierten Schätzungen, kaum ein

¹¹ Vgl. neben dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung z. B. Grabka, M. M., Krause, P.: Einkommen und Armut von Familien und älteren Menschen. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 9/2005.

Zusammenhang zwischen dem Vermögen des Haushalts und dem Haushaltsnettoeinkommen einerseits und Kontoüberziehungen andererseits. Kontoüberziehungen sind demnach kein Indikator für eine schlechte sozio-ökonomische Lage. Ob jemand sein Konto überzogen hat, hängt primär von seinem Alter, seinem Bildungsniveau und dem Gefühl der Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens ab. Ältere Menschen haben ihr Konto seltener überzogen als jüngere, Personen mit höherem Schulabschluss seltener als solche mit geringerer Bildung und Befragte, die ihr Leben als fremdbestimmt empfinden, häufiger als solche, die meinen, ihr Leben selbst zu bestimmen. Eine gewisse Rolle spielen bei der Kontoüberziehung auch die Persönlichkeitsmerkmale des Big-Five-Ansatzes. Kontaktfreudige bzw. extrovertierte Menschen neigen eher zu Kontoüberziehungen, verträgliche Menschen weniger. Die beiden zusätzlich in die Analyse einbezogenen Variablen „Individuelle Risikobereitschaft“¹² und das „Gefühl, verlässliche Freunde zu haben“¹³ tragen zur Erklärung einer Kontoüberziehung nahezu nichts bei.

Kurzfristig Geld verfügbar machen

Bei der Einschätzung ihrer Möglichkeit, in einer Notsituation innerhalb von zwei Wochen etwa 1 000 Euro aufbringen zu können, antworten 77 % mit „Ja“. Auch in die Analyse dieses Tatbestandes wurden die individuelle Risikobereitschaft und das Gefühl, verlässliche Freunde zu haben, als weitere personenspezifische Merkmale aufgenommen. Am leichtesten fällt es den älteren Befragten, in zwei Wochen 1 000 Euro aufzubringen. Dies deckt sich mit dem Befund, dass die Älteren auch diejenigen sind, die am ehesten finanzielle Rücklagen haben. Arbeitslose können dagegen wesentlich seltener kurzfristig Geld aufbringen, ebenso Befragte mit niedrigem Schulabschluss, Alleinstehende und Befragte, die angeben, ihr Leben sei eher fremdbestimmt.

Bei den zusätzlich in die Analyse aufgenommen Merkmalen erweist sich vor allem das „Gefühl, verlässliche Freunde zu haben“ von Gewicht. Dieses Ergebnis unterstreicht die Bedeutung der sozialen Komponente bei der Vermeidung von Schulden oder finanziellen Engpässen und der subjektiven Belastung aufgrund von Schulden. Wer durch Partnerschaft und/oder Freunde gut sozial eingebunden ist, kann finanzielle Problemsituationen leichter bewältigen.

Keinerlei Rolle spielt wiederum die individuelle Risikobereitschaft. Dies ist insofern bemerkenswert, als es nahe liegt, dass Menschen, die sich verschulden, relativ risikofreudig sind. Dass dies offenbar nicht der Fall ist, mag mit der Ambivalenz von

individuellem Risikoverhalten zusammenhängen. Einerseits kann eine erhöhte Risikobereitschaft zu einer ungeplanten Überschuldung führen; andererseits kann sie auch zu wirtschaftlichem Erfolg führen, sodass sich im statistischen Mittel die negativen und positiven Effekte erhöhter Risikobereitschaft ausgleichen können.

Fazit

Wer eine gute Schulbildung aufweist und einen Arbeitsplatz hat, ist deutlich weniger als andere Personen von Überschuldung oder finanziellen Engpässen betroffen; das gleiche gilt für ältere Menschen. Daneben hat die Analyse aber auch den Stellenwert einer festen Partnerschaft deutlich gemacht. Wer auf sich allein gestellt ist, gerät leichter an finanzielle Grenzen.

Das Gefühl der Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens trägt zur statistischen Erklärung von Überschuldung bei. Diesen Querschnittsbefund darf man allerdings nicht überbewerten, denn dahinter dürften zwei unterschiedliche Kausalzusammenhänge stehen, deren Bedeutung erst durch künftige Längsschnittsforschung aufgeklärt werden kann. Zum einen gibt es Menschen, die sich weniger für ihr Leben selbst verantwortlich fühlen als andere. Die „fremdbestimmten“ Menschen dürften auch weniger bereit sein, die Konsequenzen eigenen Handelns zu bedenken und/oder ihr Handeln vorausschauend zu planen. Andererseits geraten aber auch viele Menschen unverschuldet in finanziell schwierige Situationen. Erst dadurch entwickeln einige von ihnen die Einstellung, für das eigene Leben nicht verantwortlich zu sein. Das Gefühl der Fremdbestimmtheit ist dann eine Folge individuellen Scheiterns. Insofern muss von einer wechselseitigen Beeinflussung von Überschuldung und dem Gefühl der Fremdbestimmtheit des eigenen Lebens ausgegangen werden. In der Regel wird aber auch denjenigen, die in finanziell schwierige Situationen geraten sind, bewusst sein, dass dies nicht nur unbeeinflussbares Schicksal gewesen ist, sondern sie dazu auch selbst beigetragen haben.

¹² Risikobereitschaft wurde mit einer von 0 bis 10 Punkten reichenden Selbsteinschätzungsskala erfasst, vgl. Dohmen, T. et al.: Individual Risk Attitudes: New Evidence from a Large, Representative, Experimentally-Validated Survey. DIW Diskussionspapier Nr. 511, Berlin 2005.

¹³ Der Tatbestand „Gefühl, verlässliche Freunde zu haben“ wird durch folgende Fragen erfasst: „Ich habe immer jemanden in erreichbarer Nähe, zu dem ich mit alltäglichen Problemen kommen kann.“ „Es gibt ausreichend viele Menschen, auf die ich zählen kann, wenn ich Schwierigkeiten habe.“ „Es gibt viele Personen, denen ich voll vertrauen kann.“ „Ich habe genügend Personen, denen ich mich verbunden fühle.“ „Wenn ich meine Freunde brauche, kann ich jederzeit auf sie zählen.“ Eine Faktorenanalyse zeigt, dass diese fünf Fragen den Tatbestand „Gefühl, verlässliche Freunde zu haben“ gut abbilden (Cronbachs Alpha = 0,85; mittlere Inter-Item Korrelation $r = 0,53$).

Das Gefühl, verlässliche Freunde zu haben, spielt für die Möglichkeit, finanziell schwierige Situationen überwinden zu können, eine bedeutsame Rolle.¹⁴ Deswegen fühlen sich wahrscheinlich auch viele Studenten, trotz niedriger Einkommen, nicht arm. Sie sind in Familien und Freundeskreise eingebunden. Der Zusammenhang zwischen sozialer Einbindung sowie persönlichen Netzwerken und finanziellen Schwierigkeiten ist bisher kaum untersucht worden; ihm sollte in der Schuldenforschung verstärkt Beachtung geschenkt werden. In einer Gesellschaft, in der allein aus demographischen Gründen in kleinen Familien und bei Kinderlosen Vereinzelung häufiger droht, steckt auch das Potential für eine zunehmende Verschuldung, die als drückend empfunden wird.

Der Schutz der Verbraucher vor Überschuldung ist langfristig durch eine bessere finanzielle Bildung,

die schon in den Schulen beginnen sollte, sicherlich sinnvoll und entspricht vom Ansatz her einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, die auf souveräne Konsumenten setzt und Verbraucherschutz nicht durch Dirigismus erreichen will. Der Staat kann freilich auch bei den Banken ansetzen und für diese Anreize zu einem vorsichtigeren Verhalten bei der Vergabe von Konsumentenkrediten setzen, indem die Möglichkeiten des „privaten Bankrotts“ erleichtert werden. Wenn Banken in erhöhtem Maße fürchten müssen, dass sie Kredite verloren geben müssen, werden sie vorsichtiger agieren und weniger Überschuldung zulassen.

14 Vgl. dazu Institut für Finanzdienstleistungen, iff-Überschuldungsreport 2007, Hamburg 2006. Diese Untersuchung basiert auf Daten von 2716 Privathaushalten in fünf deutschen Städten.

Nachrichten aus dem DIW Berlin

Chancen zur Gestaltung der Zukunftsfähigkeit Europas nutzen – Die energiepolitische Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Berlin Lunchtime Meeting am 31. Januar 2007

Wie kann Deutschland im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft die europäische Energiepolitik beeinflussen? Schafft es die Politik, das Wirtschaftswachstum zu fördern und gleichzeitig die Umwelt zu schonen?

Dr. Joachim Pfeiffer, MdB und Koordinator in Energiefragen der CDU/CSU Fraktion, gab beim Berlin Lunchtime Meeting am 31. Januar erste Einblicke in die energiepolitische Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft. Knapp 80 hochrangige Gäste waren zu seinem Vortrag ins dbb forum in der Berliner Friedrichstraße gekommen. Joachim Pfeiffer skizzierte eine Zwei-Wege-Strategie: Zum einen soll die EU ihre Energieaußenbeziehungen intensivieren. Zum anderen ist ein Energiebinnenmarkt mit gemeinsamen Zielen für Wettbewerb, Umweltschutz und Versorgungssicherheit geplant.

Als wichtige Handlungserfordernisse nach innen nannte Joachim Pfeiffer die Vollendung des Binnenmarktes von Strom und Gas, die weitere Marktdurchdringung von Erneuerbaren Energien sowie die Drosselung des Energieverbrauchs. Beim Klimaschutz sollte Deutschland das Reduktionsziel für Treibhausgasemissionen der EU einhalten. Darüber hinaus empfahl er, die Laufzeit der Kernkraft aus wirtschafts-, klima- und versorgungspolitischen Gründen zu verlängern. Eine wichtige Rolle spielen auch die Energieforschung, die unbedingt weiter ausgebaut werden müsse.

Handlungsbedarf sah Joachim Pfeiffer weiterhin in der Tatsache, dass die EU und die Mitgliedstaaten in energiepolitischen Fragen bisher unabgestimmt agieren. Er sprach sich darüber hinaus für ein deutsches Energieministerium aus, um die Verhandlungsposition Deutschlands zu stärken. Eine einheitliche Energiepolitik sei dringend notwendig, damit Deutschland gegenüber Dritten geschlossen auftreten und mit einer Stimme sprechen könne.

Diesen Standpunkt teilte Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ im DIW Berlin und Professorin für Umweltökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin, in ihrem Kommentar zum Vortrag. Sie sprach sich ebenfalls für ein deutsches Energieministerium aus. „Neun von 14 Ministerien in Deutschland beschäftigen sich mit dem Thema Energie, z. B. sowohl das Wirtschafts- als auch das Verkehrsministerium“, betonte Claudia Kemfert.

Neben verlässlichen Verträgen mit Russland forderte Claudia Kemfert darüber hinaus eine europäische Regulierungsbehörde, damit könnten Energiefragen in Zukunft verstärkt europäisch gebündelt werden. Vor allem das Thema Atomkraft werde innerhalb der EU kontrovers gehandelt. Die Atomkraft sei im globalen Energiemix zwar gegenwärtig nicht wegzudenken, längerfristig stellten jedoch CO₂-freie Kohlekraftwerke und die Erneuerbaren Energien eine Alternative dar. Europa solle vor allem seine Energieimporte reduzieren und heimische Energieträger stärken, empfahl Claudia Kemfert.

In der anschließenden Diskussion wurden unter anderem Fragen zur Kraft-Wärme-Kopplung und die Chancen neuer Umweltmärkte thematisiert. Einigkeit bestand darüber, dass Deutschland innerhalb der kurzen Zeit von sechs Monaten wohl nicht alle energiepolitischen Probleme lösen kann. Es kann aber die Chance nutzen, zentrale Punkte voranzutreiben, oder als „Energieführer“ auftreten und mit innovativen Technologien vorangehen, wie Claudia Kemfert vorschlug. „Die Ziele sind weit größer als die Möglichkeiten“, so das Fazit von Moderatorin Dr. Regina Vogel, stellvertretende Direktorin der Deutsch-Britischen Stiftung, am Ende der Diskussion.

Beim Berlin Lunchtime Meeting werden regelmäßig aktuelle und politikrelevante Forschungsergebnisse vorgestellt. Die Veranstaltungen bieten Vertretern aus Forschung, Politik und der privaten Wirtschaft eine Plattform für Diskussion und Austausch.

Nachrichten aus dem DIW Berlin

Pressemitteilung des DIW Berlin vom 8. Februar 2007

Lebenszufriedenheit: Keine Sonderentwicklung in Ostdeutschland

Die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland ist stabil. Indikatoren für einen dramatischen Stimmungswandel sind nicht zu erkennen. Eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland, fast 90 %, sind mit ihrem Leben mindestens zufrieden. Lediglich der Anteil der Hochzufriedenen ist in ganz Deutschland im Jahr 2006 im Vergleich zu 2005 leicht zurückgegangen. Die Entwicklungen in Bezug auf die Zufriedenheit verlaufen seit der Wiedervereinigung in Ost und West parallel – in guten wie in schlechten Zeiten.

Zu diesem Ergebnis kommt Jürgen Schupp, stellvertretender Abteilungsleiter am DIW Berlin und Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin. Schupp hat die aktuellen Zufriedenheitsskalen der repräsentativen Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) ausgewertet. Die Daten werden vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhoben.

Details

Jahr für Jahr werden die Teilnehmer der Langzeitstudie gefragt: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“ Auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) können die Befragten den Grad ihrer Zufriedenheit angeben. Im Durchschnitt lag die durchschnittliche Punktzahl im Jahr 2006 bei 6,7 und im Jahre 2005 bei 6,8. Dass die Stimmung in Deutschland stabil ist, bestätigt ein Blick auf die Zahlen des Jahres 2000. Hier lag der Punktwert bei 6,9. Betrachtet man Ost- und Westdeutschland getrennt, zeigen sich keine bedeutsamen Unterschiede. Im Osten liegt der durchschnittliche Zufriedenheitswert bei 6,2, im Westen bei 6,8.

Die Zahl der Unzufriedenen, also diejenigen, die auf der 11er-Skala einen Wert von weniger als „5“ angeben, ist ebenfalls stabil. Allerdings ist sie im Osten Deutschlands seit Jahren etwas höher als im Westen. Im Jahr 2006 lag der Anteil in Westdeutschland bei 10% und in Ostdeutschland bei 16%. Im Vergleich dazu: 2005 waren knapp 10% der Befragten in Westdeutschland mit Ihrem Leben unzufrieden, in Ostdeutschland waren es 15%. Hier kann keine dramatische Verschlechterung beobachtet werden.

Dass die Zahl der Unzufriedenen im Osten Deutschlands etwas höher ist, hat vor allem einen Grund: Dort sind im Durchschnitt mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen. „Wir beobachten das seit Jahren: Arbeitslosigkeit und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit verringert die Lebenszufriedenheit nachhaltig. Besonders einschneidend ist diese Erfahrung für Menschen, die mit 35 bis 55 Jahren im „besten Alter“ sind. Sicher auch, weil sie in der Regel eine Familie haben. Aber das gilt für die Menschen im Osten genauso wie im Westen.

„Immer wieder wird versucht, eine Sonderentwicklung für den Osten Deutschlands heraufzubeschwören und den Osten gegen den Westen auszuspielen. Das ist wissenschaftlich nicht haltbar und auch politisch kontraproduktiv. Schließlich gibt es auch im Westen Regionen mit sehr hoher Arbeitslosigkeit, auch dort ist die Stimmung schlecht und das Niveau subjektiven Wohlbefindens entsprechend niedriger,“ so Jürgen Schupp.

Kontakt

Pressestelle und -anfragen:
Renate Bogdanovic
Telefon + 49 – 30 – 897 89-249
Telefax + 49 – 30 – 897 89-119
presse@diw.de

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Markus Pannenberg and Martin Spiess

GEE Estimation of a Two-Equation Panel Data Model: An Analysis of Wage Dynamics and the Incidence of Profit-Sharing in West Germany

We propose a generalized estimating equations approach to the analysis of the mean and the covariance structure of a bivariate time series process of panel data with mixed continuous and discrete dependent variables. The approach is used to jointly analyze wage dynamics and the incidence of profit-sharing in West Germany. Our findings reveal a significantly positive conditional correlation of wages and the incidence of profit-sharing. Furthermore, they indicate that permanent unobserved individual ability is comparatively more important in the profit-sharing than in the wage equation and show that shocks have a long-lasting effect on transitory wages but not on the incidence of profit-sharing. Hence, the results support theoretical predictions that selection into profit-sharing is mostly due to unobservable ability and that profit-sharing ties wages more closely to productivity.

Discussion Paper No. 663

January 2007

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/index.html>).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html>).



Hinweis auf eine Veranstaltung

DIW Berlin, CEPR London und IZA Bonn laden ein zum
Berlin Lunchtime Meeting mit

Prof. Dr. Friedrich Breyer, Universität Konstanz

Stärkt die Gesundheitsreform das Gesundheitswesen?

Kommentar: NN

28. Februar 2007, 12.00 s.t.–14.00 Uhr

Moderator: Prof. Dr. Georg Meran, Vize-Präsident (DIW Berlin)

dbb forum berlin, Friedrichstr. 169–170/Französische Straße, 10117 Berlin

Die Gesundheitsreform, über die bis zuletzt heftig gestritten wurde, wurde am 2. Februar 2007 mehrheitlich verabschiedet. Doch die Kritik und die Diskussionen wollen nicht verstummen. Selbst Experten der Großen Koalition halten das Gesetz für gefährlich. Was wäre zu tun? Was kann und muss im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des Gesundheitswesens getan werden. Der Vortrag von Professor Breyer skizziert die Strukturen des Gesundheitswesens und spiegelt diese mit den Lösungsansätzen, wie sie die Gesundheitsreform vorsieht. Er benennt abschließend die Erfordernisse eines leistungsfähigen Gesundheitswesens.

Friedrich Breyer hat den Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Universität Konstanz inne. Er hat in zahlreichen hochkarätigen Zeitschriften publiziert und mehrere Lehrbücher veröffentlicht. Friedrich Breyer ist Mitglied des erweiterten Vorstands des Vereins für Socialpolitik und dort Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheitsökonomie.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und bitten Sie, Ihre verbindliche Anmeldung bis spätestens **21. Februar 2007** via e-mail an events@diw.de zu senden. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt. Verspätete Anmeldungen können leider nicht entgegengenommen werden.

Wir würden uns freuen, Sie auch an folgenden Terminen begrüßen zu dürfen:

28. März – 25. April – 30. Mai – 27. Juni – 31. Oktober – 28. November

Die Veranstalter danken der Deutsch-Britischen Stiftung für ihre großzügige Unterstützung.

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,– (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmacher GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

DEUTSCHLANDAusgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²													
						Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
		in 1 000				2000 = 100													
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
2005	J	4 730		319		105,0		96,5		115,6		103,8		108,1		86,2		103,0	
	F	4 812	4 753	341	331	103,9	104,9	95,2	96,0	114,8	116,0	101,6	102,6	107,5	108,7	86,1	86,0	103,3	103,3
	M	4 841		367		105,6		96,3		117,4		102,4		110,4		85,8		103,7	
	A	4 815		388		104,0		95,9		114,2		101,2		108,2		87,2		101,8	
	M	4 838	4 831	399	391	105,0	105,9	95,7	97,0	116,6	117,2	102,6	102,7	109,2	110,7	84,5	87,0	102,7	103,2
	J	4 837		407		108,8		99,4		120,8		104,3		114,9		89,2		105,1	
	J	4 840		414		109,6		98,9		123,1		106,7		114,5		88,2		105,6	
	A	4 822	4 832	438	428	108,7	109,8	98,6	99,0	121,3	123,4	106,2	106,8	113,0	114,9	89,1	88,8	105,1	105,0
	S	4 830		454		111,1		99,4		125,7		107,5		117,1		89,1		104,4	
	O	4 824		465		112,4		99,8		128,2		108,8		118,4		89,2		106,5	
	N	4 804	4 808	468	465	114,7	113,3	101,4	100,2	131,4	129,8	110,3	110,1	121,9	119,2	90,5	90,2	105,6	106,2
	D	4 764		472		112,9		99,4		129,7		111,3		117,2		90,8		106,4	
2006	J	4 725		479		113,9		101,0		130,0		109,7		120,8		89,5		104,7	
	F	4 642	4 687	482	481	116,4	115,2	102,6	102,0	133,6	131,8	113,3	112,2	123,0	121,4	90,3	90,6	104,8	104,9
	M	4 627		489		115,4		102,3		131,8		113,7		120,5		91,8		105,1	
	A	4 626		503		119,2		104,3		137,8		117,2		125,0		91,4		108,1	
	M	4 565	4 590	524	515	118,0	118,3	105,3	104,3	134,0	135,8	116,1	117,1	123,3	123,4	94,2	92,0	107,2	107,2
	J	4 531		549		117,7		103,4		135,6		118,0		121,7		90,4		106,2	
	J	4 467		586		118,3		105,0		135,1		116,4		124,1		91,4		107,1	
	A	4 458	4 463	588	584	122,1	120,3	107,3	106,9	140,6	137,1	118,4	118,1	129,7	126,4	95,1	93,7	107,8	108,1
	S	4 396		603		120,5		108,5		135,5		119,4		125,5		94,6		109,4	
	O	4 324		628		120,8		108,0		136,7		120,4		124,9		96,8		109,5	
	N	4 242	4 281	647	636	121,3	121,7	108,5	108,8	137,2	137,9	121,1	121,4	125,1	125,9	96,1	96,4	112,6	111,0
	D	4 158		664		123,1		109,9		139,7		122,8		127,7		96,3		110,9	
2007	J	4 012		665															
	F																		
	M																		
	A																		
	M																		
	J																		
	J																		
	A																		
	S																		
	O																		
	N																		
	D																		

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

² Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

DEUTSCHLANDnoch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹

		Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	Produktion ²										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²				
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr		
			in 1 000		2000 = 100										2003 = 100		Mrd. Euro		
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
2004	J	5 969		104,6		108,3		86,3		99,3		79,7		102,5		63,0		49,6	
	F	5 962	5 965	103,8	104,4	107,6	108,2	87,0	86,5	99,5	99,7	74,0	75,7	103,3	103,1	61,8	188,2	48,4	147,7
	M	5 953		104,6		108,8		86,3		100,5		73,3		103,5		63,4		49,7	
	A	5 944		104,9		110,6		88,0		98,4		75,9		104,1		61,6		49,3	
	M	5 939	5 940	103,5	104,9	107,0	109,8	83,3	87,2	99,5	99,3	74,3	75,5	103,5	104,0	64,0	190,6	51,8	152,1
	J	5 925		106,2		111,8		90,2		100,0		76,4		104,4		65,0		51,0	
	J	5 918		106,5		111,3		86,7		101,2		75,5		103,0		65,5		52,1	
	A	5 913	5 916	106,2	106,8	110,6	111,6	88,3	87,8	100,7	101,3	76,5	76,0	104,9	104,2	67,1	199,8	53,4	158,7
	S	5 908		107,8		113,0		88,5		101,9		76,0		104,6		67,2		53,2	
	O	5 903		108,8		113,2		89,3		104,0		76,3		103,9		67,3		55,1	
	N	5 902	5 902	109,1	109,1	114,7	114,4	90,1	89,9	101,9	102,7	75,9	76,1	104,4	104,2	67,3	203,8	54,5	166,8
	D	5 897		109,6		115,2		90,3		102,0		76,2		104,3		69,2		57,1	
2005	J	5 890		108,7		114,2		91,0		101,2		73,3		104,9		68,6		56,7	
	F	5 886	5 889	110,2	109,8	116,2	115,5	90,7	91,1	101,6	101,2	77,5	76,0	104,4	104,5	71,6	210,5	59,4	175,3
	M	5 886		110,4		116,0		91,7		100,8		77,3		104,2		70,3		59,2	
	A	5 885		111,3		114,7		90,4		104,2		78,4		103,0		74,0		61,5	
	M	5 885	5 887	112,7	112,1	118,9	116,7	96,0	92,2	102,0	103,0	81,5	79,7	107,2	104,8	70,4	217,6	57,8	180,8
	J	5 899		112,3		116,3		90,3		102,7		79,2		104,2		73,2		61,5	
	J	5 895		112,8		118,2		93,5		101,8		81,3		104,3		74,0		61,1	
	A	5 897	5 897	114,2	113,8	119,3	119,1	96,1	95,0	102,4	102,0	81,8	81,6	105,7	104,7	73,4	225,4	60,6	185,4
	S	5 898		114,3		119,8		95,5		101,9		81,8		104,1		78,1		63,8	
	O	5 900		114,1		120,0		95,7		99,3		82,6		104,5		79,9		63,3	
	N	5 903		116,4	116,0	123,7	122,6	98,0	97,4	100,9	101,1	85,6	85,3	104,7	104,7	80,4	241,2	63,3	192,1
	D			117,6		124,1		98,6		103,1		87,6		104,8		80,9		65,5	
2006	J																		
	F																		
	M																		
	A																		
	M																		
	J																		
	J																		
	A																		
	S																		
	O																		
	N																		
	D																		

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

² Außerdem arbeitstäglich bereinigt.